Transnationale Erinnerung

Ljiljana Radonić

Inhalt

1 Einleitung ... 2
2 Gedächtnistheorie und Geschichtspolitik ... 2
3 Europäisierung der Erinnerung ... 3
4 Kosmopolitisierung und Universalisierung des Holocaust ... 5
5 Osterweiterung der Europäisierung der Erinnerung ... 7
6 Fazit ... 10
Literatur ... 11

Zusammenfassung

Die „Universalisierung des Holocaust" als Negativikone der Menschheit rief Anfang der 1990er zunächst „harte" Entschädigungsfragen auf den Plan. Der Fokus verschiebt sich mit der Gründung der *International Holocaust Remembrance Alliance* 1998 auf „weiche" Symbolpolitik und Gedenken. Die europäische Spielart davon ist die „Europäisierung des Holocaust", die den Holocaust als den negativen Gründungsmythos des geeinten Europas begreift. Seine Anerkennung galt bei der EU-Osterweiterung als „Eintrittsticket" nach Europa, führte aber zu einer Konkurrenz zwischen Holocaust- und Gulag-Erinnerung.

Schlüsselwörter

Universalisierung des Holocaust · Europäisierung der Erinnerung · Gleichsetzung von NS- und sozialistischen Verbrechen · Opferkonkurrenz · Osterweiterung der Erinnerungspolitik

L. Radonić (✉)
Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte, Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, Österreich
E-Mail: ljiljana.radonic@oeaw.ac.at

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2020

M. Berek et al. (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Gedächtnisforschung*,
https://doi.org/10.1007/978-3-658-26593-9_85-1

1 Einleitung

Folgten erinnerungspolitische Debatten bis zum Ende der 1980er-Jahre mit wenigen Ausnahmen wie dem Eichmann-Prozess 1961 oder der Ausstrahlung der Mini-Fernsehserie *Holocaust* 1978 vorwiegend nationalen Prozessen, so setzen sich ausgehend von den USA seither im Zuge der „Universalisierung" und „Europäisierung des Holocaust" verstärkt transnationale Erinnerungspraktiken durch, die keinesfalls frei von Opferkonkurrenzen und Erinnerungskonflikten sind.[1]

Nachdem Ende der 1980er-Jahre der „memory boom" eingesetzt hat, gerät leicht aus dem Blick, dass dies ein vergleichsweise neuer Trend ist. So verfolgte etwa die Europäische Union keinesfalls von Anfang an eine geschichtspolitische Agenda. Bis in die 1970er-Jahre lag der Fokus eindeutig auf der Ausrichtung auf die gemeinsame Zukunft und erst in den 1980ern begann man, sich auf das europäische historische Erbe zu besinnen. Doch war hier zunächst ein ausschließlich positives Erbe gemeint – die Akropolis in Athen wurde etwa als erstes europäisches Kulturerbe gefördert und 1985 symbolträchtig zum Schauplatz der Vorstellung der Initiative „Kulturhauptstadt Europas" gemacht. Wenn heute vielfach von der in der 1990ern einsetzenden Europäisierung des Holocaust als negativem europäischem Gründungsmythos die Rede ist, so lässt dies außer Acht, dass 1993 die erste diesbezügliche Maßnahme auf europäischer Ebene (die vom Europäischen Parlament verabschiedete „Entschließung zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale") die NS-Lager im Allgemeinen betraf und das Wort „Holocaust" noch gar nicht enthielt.

2 Gedächtnistheorie und Geschichtspolitik

In diese Zeit fallen auch die ersten Gründungstexte dessen, was wir heute als Gedächtnistheorie einerseits und als Geschichtspolitik andererseits bezeichnen. 1988 hatte Jan Assmann unter Rückgriff auf Maurice Halbwachs' Studie von 1966 das „kollektive Gedächtnis" in das „kommunikative" und das „kulturelle Gedächtnis" unterteilt und damit die Gedächtnistheorie im deutschen Sprachraum begründet. Schon Halbwachs hatte betont, Erinnerungen seien nie „authentisch", sondern auf die Bedürfnisse der Gegenwart zugeschnitten: Das kollektive Gedächtnis „bewahrt nicht die Vergangenheit auf, sondern es rekonstruiert sie mit Hilfe materieller Spuren, Riten, Texte und Traditionen und mit Hilfe von neuerlichen psychischen und sozialen Gegebenheiten, das heißt mit der Gegenwart." (Halbwachs 1985, S. 296)

[1]Der Beitrag entstand im Rahmen meines Projektes über „Globalized Memorial Museums. Exhibiting Atrocities in the Era of Claims for Moral Universals" (GMM), gefördert vom Europäischen Forschungsrat (ERC) im Rahmen des Horizon 2020 Forschungs- und Innovationsprogramms der EU (grant agreement No 816784).

Ungefähr zur selben Zeit wurde im westdeutschen Historikerstreit das Wort „Geschichtspolitik" zunächst als politischer Kampfbegriff und u. a. von Peter Steinbach und Peter Reichel bald auch als wissenschaftliches Konzept geprägt. Während Jan Assmann (1991, S. 23) „die negativen Formen eines Vergessens durch Auslagerung und eines Verdrängens durch Manipulation, Zensur, Vernichtung, Umschreibung und Ersetzung" in diesem kulturwissenschaftlichen Konzept nur in einem Satz erwähnte, lag der Fokus bei dem politik- und geschichtswissenschaftlichen Konzept von Geschichtspolitik von Anfang an auf Deutungskämpfen, so Edgar Wolfrum (1999, S. 25–26): „Geschichtspolitik ist ein Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen suchen. Sie zielt auf die Öffentlichkeit und trachtet nach legitimierenden, mobilisierenden, politisierenden, skandalisierenden, diffamierenden usw. Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung." Die Begriffe Erinnerungskultur, kulturelles Gedächtnis, Geschichts- und Vergangenheitspolitik versuchten also, die Anfang der 1990er sich abzeichnenden transnationalen Erinnerungspraktiken einzufangen, die vor allem durch die Universalisierung des Holocaust ausgelöst und den Zusammenbruch des „Ostblocks" nochmals befeuert wurden.

3 Europäisierung der Erinnerung

In der Europäischen Union schlägt sich dies als „Europäisierung der Erinnerung" nieder – verstanden als „Prozess der relativierenden Transformation der nationalen Perspektiven, als strukturelle Veränderung und Angleichung der Geschichtsbilder im Sinne einer Anreicherung mit europäischen Bezügen" (Schmid 2008, S. 178). Das entscheidende Jahr hierfür war 1995, als sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 50. Mal jährte. Zunächst sprach bei der ersten europäischen Gedenkveranstaltung im Februar 1995 der Präsident des Europäischen Parlaments Klaus Hänsch – ein deutscher Sozialdemokrat und schlagender Burschenschafter, dessen Familie 1945 aus Schlesien geflohen war – anlässlich des Bombardements von Dresden davon, dass das Leiden deutscher Zivilisten mit jenem der Bevölkerung von Coventry, Leningrad oder Rotterdam zu vergleichen sei (Calligaro 2015, S. 338). Doch Mitte des Jahres setzte im Europäischen Parlament eine Entwicklung ein, die zu Beginn des neuen Millenniums ihren Höhepunkt erreichen sollte: die „Europäisierung des Holocaust", die Vorstellung, dass der Holocaust der negative Gründungsmythos Europas sei und dass, wie Tony Judt (2006) es formulierte, auf den Krematorien von Auschwitz ein neues Europa erbaut würde.

Diese Europäisierung des Holocaust schlug sich in der Zeit zwischen 1995 und 2000 in sechs Holocaust-bezogenen Resolutionen des Europäischen Parlaments nieder: 1995 zur Einführung eines Holocaust-Gedenktags und zur Rückgabe geraubten jüdischen Eigentums, 1996 in der Resolution über Auschwitz anlässlich eines dort stattgefundenen neonazistischen Aufmarschs, 1998 zur Restitution des Eigentums von Holocaust-Opfern sowie 2000 in den Resolutionen gegen Rassismus und Xenophobie in der EU und zur Erinnerung an den Holocaust. Offenbar war 1995 die Zeit für ein gemeinsames Holocaust-Gedenken auf EU-Ebene jedoch noch nicht

gekommen, denn es sollte bis 2000 dauern, bis sich die Idee eines europaweiten Gedenktags durchsetzte.

In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre lag der Schwerpunkt noch auf „harten" Fragen wie der Entschädigung und der Restitution von Raubkunst, Raubgold usw., etwa bei der Londoner Konferenz über NS-Raubgold 1997 und der Washingtoner Konferenz über geraubte Vermögenswerte 1998. In diesen Kontext fällt auch die einzige explizite Aufforderung der EU an die ostmittel- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten: In der Resolution über die Rückgabe geraubten jüdischen Eigentums von 1995 forderte das Europäische Parlament insbesondere die osteuropäischen Länder zum Handeln auf.

Zeitgleich mit dem Skandal um das Schweizer Raubgold wurde 1998 in Schweden das Expert∗innennetzwerk *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research* (ITF) gegründet, dem heute – umbenannt in *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) – 34 Länder angehören. Der Politikwissenschaftler Jens Kroh vermutet, die Erwähnung Schwedens im Zusammenhang mit geraubten Vermögenswerten im Eizenstat-Bericht ein Monat vor der Ankündigung einer schwedischen Informationskampagne zum Thema Holocaust spiele eine Rolle, und die Motive für die Gründung der ITF seien hauptsächlich in der Abwendung eines Image-Schadens vergleichbar jenem der Schweiz zu suchen. Als Hinweis darauf nennt er die Tatsache, dass sich Schweden bei der Gründung der ITF mit der Aufforderung zur Zusammenarbeit zunächst nur an Großbritannien und die USA – die beiden Länder, in denen die oben erwähnten Konferenzen stattgefunden hatten – wandte, während Israel und Deutschland erst einige Monate später, und zwar (symbolisch aufgeladen) beide gleichzeitig, in die ITF aufgenommen wurden. (Kroh 2008, S. 160) Welche Motive auch immer bei der schwedischen Initiative, die den Fokus von der Entschädigungs- auf symbolische Politik verschob, eine Rolle spielten, die Gründung der ITF und ihre enorme Aufwertung bei der Holocaust-Konferenz in Stockholm im Jahr 2000 läuteten jedenfalls eine Verlagerung von Fragen der Enteignung und geraubten Vermögens hin zu Holocaust-Education und symbolischen Erinnerungsakten ein.

Das in Stockholm im Jahr 2000 abgehaltene *International Forum on the Holocaust* war ein Schlüsselereignis für die Europäisierung des Holocaust. Erstmals nahmen hochrangige Politiker∗innen, Präsident∗innen und Regierungschef*innen, renommierte Wissenschaftler∗innen, Gedenkstättenmitarbeiter∗innen und Zeitzeug∗innen aus 46 Ländern an einer Konferenz zum Thema Holocaust teil. Als Ergebnis wurde eine Deklaration verabschiedet, in der zwar auch andere Opfer des Nationalsozialismus gewürdigt wurden, der Begriff „Holocaust" jedoch der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden vorbehalten blieb. Darüber hinaus verdeutlicht bereits das Datum der Veranstaltung den hohen Wert symbolischer Erinnerungspolitik: Die Konferenz fand nicht nur in den ersten Tagen des neuen Jahrtausends, sondern auch rund um den Jahrestag der Befreiung von Auschwitz statt. Sie resultierte in der Empfehlung, alle Staaten sollten diesen Tag, den 27. Januar, oder ein anderes, national bedeutsames Datum als Holocaust-Gedenktag einführen.

4 Kosmopolitisierung und Universalisierung des Holocaust

Auf wissenschaftlicher Ebene fand diese Entwicklung ihre Entsprechung einerseits in Deutschland in der Forderung nach einem „negativen Gedächtnis", das die „politics of regret" (Olick 2007) als leere Hülse von Gedenkritualen überwinden sollte, andererseits in der These von der „Kosmopolitisierung des Holocaust", wie sie in dem vielzitierten Werk *Erinnerungen im globalen Zeitalter: Der Holocaust* von Daniel Levy und Natan Sznaider vertreten wurde. In „Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses" führt Reinhart Koselleck (2002, S. 27) aus: „Die Täterschaft und ihre Taten müssen in die Erinnerung einbezogen und nicht nur die Opfer als solche und allein erinnert werden." Charakteristisch für dieses historische Erinnern sei Volkhard Knigge (2008, S. 157) zufolge, „dass Schuld und Verantwortung nicht mehr verleugnet, abgeschoben oder überdeckt werden, sondern dass sie zu Anlässen kritischer gesellschaftlicher Selbstreflexion und Selbstvergewisserung gemacht werden. [. . .] Der Rückbezug auf die negative Vergangenheit muss umfassend und konkret sein, muss Opfer, Täter und gesellschaftliche wie individuelle Tatvoraussetzungen einschließen; er darf auch Ambivalenzen und Grauzonen, die sich eindeutigen Opfer-Täter-Schemata widersetzen, nicht ausweichen." Diese heiklen Fragen wurden im Zuge der Europäisierung des Holocaust auch in Bezug auf die Kollaboration außerhalb NS-Deutschlands gestellt.

Was die These von der Kosmopolitisierung des Holocaust angeht, so erlaubt die hier vorgenommene verschränkende Periodisierung politischer und wissenschaftlicher Entwicklungen, das Werk von Levy und Sznaider von 2001 als „Kind seiner Zeit" in der zu diesem Zeitpunkt noch kaum hinterfragten Universalisierung des Holocaust einzuordnen. Levy und Sznaider bewerten das „Zeitalter der Globalisierung" optimistisch und sehen einen Wandel von nationalen zu kosmopolitischen Erinnerungskulturen – auch im Sinne einer „Kampfansage an die versteinerte Wissenschaft, die nicht imstande ist, sich vom Nationalstaat zu verabschieden."[2] Die Erinnerung an den Holocaust mache die „Katastrophe Europas zum Ausgangspunkt neuer grenzüberschreitender Solidarität" (Levy und Sznaider 2001, S. 10), denn der Umgang mit dem Holocaust öffne das Verständnis für neue Erinnerungskulturen in der „Zweiten Moderne". Die Erinnerung an den Holocaust werde in einer Epoche ideologischer Ungewissheiten zu einem Maßstab für humanistische und universalistische Identifikationen. Dadurch würden national übergreifende Gedenkkulturen zur Grundlage für eine globale Menschenrechtspolitik. Paradoxerweise trage gerade das Unvorstellbare des Holocaust zu seiner Entkontextualisierung bei, was Levy und Sznaider positiv bewerten – von ihm aus entwickelt sich ein Modell für Gut und Böse, Schuld und Unschuld. Die so neu entstandene „Schicksalsgemeinschaft" definiere sich nicht mehr durch nationale Erfahrungen, sondern nehme den Holocaust zum Anlass, neue gemeinsame Bezüge jenseits des National-

[2]Zur späteren Ausdifferenzierung der These komme ich weiter unten im Beitrag. Bezüglich der Problematik von Renationalisierungsphänomenen vor dem Hintergrund der Kosmopolitisierungsdynamik vgl. Levy et al. (2011).

staats herzustellen. „Die neuen Erinnerungen gelten den Opfern und nicht den Tätern oder Helden. Damit ist der Holocaust zu einem universalen ‚Container' für Erinnerungen an unterschiedliche Opfer geworden." (Levy und Sznaider 2001, S. 223)

2002 diagnostizierte auch der amerikanische Soziologe Jeffrey C. Alexander, dass der Holocaust zu einem universalisierten Symbol geworden sei. Doch diese Universalisierung habe zwei sehr verschiedene Gesichter. Einerseits lässt sich mit Alexander (2002, S. 6) festhalten: „[T]he originating historical event, traumatic in the extreme for a delimited particular group, has come over the last fifty years to be redefined as a traumatic event for all of humankind". Er bezieht sich dabei unter anderem auf Dan Diners (1988) Rede vom „Zivilisationsbruch Auschwitz". Andererseits hält Alexander aber auch die andere Bedeutung von Universalisierung fest: „Evoking the Holocaust to measure the evil of a non-Holocaust event is nothing more, and nothing less, than to employ a powerful bridging metaphor to make sense of social life. The effort to qualify as the referent of this metaphor is bound to entail sharp social conflict, and in this sense social relativization, for successful metaphorical embodiment brings to a party legitimacy and resources." (Alexander 2002, S. 51)

Universalisierung kann also sowohl heißen, den Holocaust als Zivilisationsbruch anzuerkennen, als auch, dass verschiedene Opfergruppen explizit oder implizit betonen, sie hätten „wie die Juden" gelitten. Während der Begriff „Kosmopolitisierung des Holocaust" die positive Bewertung dieser Entwicklung impliziert, ist „Universalisierung" der neutralere Begriff, mit dem sich das Phänomen in seinen verschiedenen Ausprägungen erfassen lässt, ohne die Entwicklung normativ aufzuladen.

Auch Levy und Sznaider (2007, S. 11) bessern im Vorwort zur Neuauflage ihres Buches fünf Jahre später ihre zunächst ungebrochen positive Einschätzung gewissermaßen nach, wenn sie 2007 kritischer schreiben: „Die Erinnerung an den Holocaust wird zu einer europäischen Erinnerung, die Europa dazu verhelfen kann, ein eigenes (wenn auch negatives) Wertesystem zu entwickeln. Der Preis, der dafür gezahlt wird, ist die Entkontextualisierung der Geschichte. Wenn aus ehemaligen Feinden nun Freunde werden, muss der alte historische Kontext verdrängt werden." Der Preis der Entkontextualisierung sei, dass es „in diesem Diskurs keine Juden und keine Deutschen mehr geben darf. Es gibt nur Menschen und Menschheit, wie auch aus dem Begriff der ‚Verbrechen gegen die Menschheit' und der Entstehung eines moralischen und legalen Kodex gegen ‚Völkermord' hervorgeht." (Levy und Sznaider 2007, S. 15) Auch in seiner 2008 erschienenen Monografie kritisiert Sznaider (2008, S. 7): „Das jüdische Gedächtnis ist aus dem europäischen Diskurs verschwunden. Und das trotz aller Rituale und Gedenktage! Oder vielleicht auch deswegen."

Laut Dan Diner (2007, S. 8) tritt an die Stelle des verlorengegangenen historischen Urteilsvermögens „ein universell drapierter moralisierender Diskurs über unterschiedslose Opferschaft. Ein solcher Diskurs wird in letzter Konsequenz vor einer Dekonstruktion des Gedächtnisses an den Zweiten Weltkrieg ebenso wenig halt machen wie vor der Geltung und Bedeutung des Holocaust." Auch in Deutschland, dem Land des negativen Gedächtnisses, trifft dies für Aufrechnungsdiskurse über Bombenopfer und Vertriebene zu. Der französische Zeithistoriker Henry Rousso (2004, S. 374) diagnostiziert im Zusammenhang damit einen sich beschleunigen-

den Prozess der „Viktimisierung“ bzw. der „Geschichtsbetrachtung aus der Opferperspektive“ nach der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert: „Es ist erstaunlich, wie sehr historische Erfahrungen wie der Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder die antikolonialen Befreiungskämpfe heute den Opferstatus hervorkehren, während sie in der Vergangenheit eher die Figur des Helden bevorzugten (des Märtyrers, der für eine Sache stirbt und sich für die Gemeinschaft opfert). Es handelt sich hier um den bedeutsamen Übergang von einem politischen zu einem moralischen Muster der Vergangenheitsbetrachtung. [. . .] Allerdings hat die Identifikation mit den Opfern, die in der traditionellen Geschichtsbetrachtung der Staaten, Sieger, Gelehrten usw. ja tatsächlich vergessen wurden, heute zur Überbewertung dieser Perspektive geführt.“ (Rousso 2004, S. 374) Diese Entkontextualisierung der historischen Ereignisse im Zuge der Universalisierung des Holocaust als „negative Ikone“ (Dan Diner) der Menschheit und „Container“ für andere Erinnerungen ist nur eines der Probleme, die die wissenschaftliche Literatur thematisiert.

5 Osterweiterung der Europäisierung der Erinnerung

Das Verständnis des Holocaust als einzigartigem Ereignis führt zu einem Konflikt mit anderen Opfererfahrungen. Im Zuge der EU-Beitrittsbemühungen der postsozialistischen Länder trat die Erinnerung an die stalinistischen und sozialistischen Verbrechen, insbesondere den Gulag, in Konkurrenz zur Holocaust-Erinnerung. Während amerikanische Politiker∗innen beispielsweise gegenüber NATO-Beitrittskandidaten auf die Bedeutung der ITF hinwiesen, um sich gemeinsamer Werte und Ziele zu versichern, finden sich keine Belege dafür, dass EU-Gremien einen bestimmten Umgang mit dem Holocaust offiziell zum Beitrittskriterium gemacht hätten. Die meisten Beitrittskandidaten traten aber vor oder rund um ihren EU-Beitritt der ITF bei, die sich 2013 in *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) umbenannte.

Die prominentesten unter den frühen wissenschaftlichen Publikationen zur Universalisierung und Europäisierung des Holocaust beantworten die Frage, inwiefern diese Entwicklung auch auf Osteuropa zutraf, sehr schwammig. So schreiben Levy und Sznaider an einer Stelle einschränkend, der Holocaust sei „in vielen *westlichen* Staaten zum moralischen Maßstab der Unterscheidung zwischen gut und böse geworden“, nur um später wieder zu behaupten, die „Kosmopolitisierung des Holocaust“ bzw. der Erinnerung daran habe ihn zu einem „global gültige[n] Wert“ (Levy und Sznaider 2001, S. 15, Herv. L.R.) gemacht. Tony Judt (2006, S. 933) schreibt zwar, für die „Osteuropäer“ sei die Tatsache, dass sich der Westen am Ende des Jahrhunderts so intensiv mit dem Holocaust beschäftigte, „äußerst verstörend“ gewesen, denn Europa möge zwar geeint sein, die europäische Erinnerung bleibe jedoch asymmetrisch. Doch letztlich seien das bloß „Schatten“, denn „das neue Europa, durch die Zeichen und Symbole seiner schrecklichen Vergangenheit zusammengeschlossen, ist eine bemerkenswerte Leistung.“ Jeder, der „zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirklich Europäer werden will, [muss] zunächst ein neues und weit bedrückenderes Erbe auf sich nehmen“. Heute sei „die einschlägige europäische

Bezugsgröße [. . .] die Vernichtung. Die Anerkennung des Holocaust ist zur europäischen Eintrittskarte geworden", so Judt (2006, S. 933), ohne diese Konditionalität zu problematisieren.

Anlässlich des 60. Jahrestags des Kriegsendes wurden auf EU-Ebene die letzten Deklarationen verabschiedet, die noch als ungebrochener Ausdruck der „Europäisierung des Holocaust" gedeutet werden können. Die Wichtigste von ihnen war die *Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus*, die den „27. Januar in der gesamten Europäischen Union zum Europäischen Holocaustgedenktag" erklärte und die Holocaust-Erinnerung mit der Bekämpfung des gegenwärtigen Rassismus und Antisemitismus verknüpfte. Auch wenn dieser Fokus auf den Holocaust niemals unwidersprochen war, wurden bei den Feierlichkeiten zum 9. Mai 2005 in Moskau doch erstmals die Gräben unübersehbar: Stefan Troebst zufolge standen sich hier „das postsowjetische Russland auf der einen Seite und etliche mittlerweile zur EU gehörigen ehemaligen Satelliten bzw. Republiken der UdSSR, zuvörderst Polen, Litauen, Lettland und Estland, auf der anderen gegenüber – bei deutlicher Parteinahme der USA für die ostmitteleuropäische Sicht auf die Geschichte sowie bei vorsichtiger Unterstützung Deutschlands für die russländische Interpretation. Aus Moskauer Sicht [. . .] steht der 9. Mai für den ‚Sieg über den Faschismus' und für die ‚Befreiung Europas'. Aus ostmitteleuropäischer, hier vor allem polnischer Perspektive indes fällt die Zurückdrängung der deutschen Besatzungsmacht durch die Rote Armee im Sommer 1944 mit dem Imstichlassen der Warschauer Aufständischen, der Errichtung einer kommunistischen Diktatur unter sowjetischem Kuratel sowie schließlich mit dem ‚Verrat' der anglo-amerikanischen Verbündeten Polens im Februar 1945 in Jalta zusammen." (Troebst 2006, S. 24)

Damit scheint auf der Ebene der EP-Resolutionen eine Erwähnung des Holocaust ohne gleichzeitigen Verweis auf sowjetische Verbrechen nicht mehr möglich, denn in der „European Parliament resolution on the 60th anniversary of the end of the Second World War in Europe on 8 May 1945" wird hervorgehoben, dass für manche Nationen das Ende des Zweiten Weltkrieges eine neue Tyrannei durch die Sowjetunion nach sich zog. Es folgen 2008 die „Erklärung des 23. August zum Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nazismus" und 2009 die „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus", deren Namen bereits einen klaren Hinweis auf die veränderten Begrifflichkeiten nach der großen EU-Osterweiterung 2004 geben. (Kucia 2016, S. 106)

Die Idee, den 23. August, den Jahrestag des Hitler-Stalin- respektive Molotow-Ribbentrop-Pakts von 1939 zu einem europäischen Gedenktag zu erklären, entstand 2008 während der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft und wurde in Vorbereitung auf die tschechische 2009 weiterentwickelt. Die tschechische Regierung finanzierte 2008 eine am staatlichen „Institut für die Erforschung totalitärer Regime" in Prag ausgerichtete Konferenz zum Thema „European Conscience and Communism", im Rahmen derer die „Prager Deklaration" verabschiedet wurde. Auf ihrer Grundlage unterzeichneten am 23. September 2008 409 Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Erklärung zur Unterstützung der Errichtung eines „European Day of Remembrance for Victims of Stalinism and Nazism".

Die Unterstützungserklärung von 2008 betont Aline Sierp (2017) zufolge die Gemeinsamkeiten des NS- und des kommunistischen Regimes. Das Gedenken an die NS-Verbrechen habe als Modell für die Erinnerung an die kommunistischen Verbrechen gedient, sei jedoch auch als Konkurrenz verstanden worden. Sierp beschreibt die heftigen Kämpfe, die vor allem die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments bis zur Verabschiedung der Resolution im April 2009 unter dem stark veränderten Namen „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus" führte, die mit 553 zu 44 angenommen wurde. Die Einsetzung einer von den Europäischen Sozialisten angeführten Geschichtsarbeitsgruppe gegen eine Umschreibung der Geschichte und gegen die Gleichsetzung der sowjetischen mit den NS-Verbrechen im Vorfeld der Entschließung habe wesentlich dazu beigetragen, dass diese Stalinismus von Kommunismus unterschied, die südosteuropäischen Diktaturen in die Liste totalitärer Regime aufnahm und explizit die Einzigartigkeit des Holocaust erwähnte. (Sierp 2017, S. 448) Zwischen 2009 und 2011, als westliche Mitgliedsländer die EU-Ratspräsidentschaft innehatten, tat sich nicht so viel und der 23. August setzte sich nicht als Europäischer Gedenktag durch. Erst als 2011 mit Polen wieder ein ostmitteleuropäisches Land die Ratspräsidentschaft übernommen hatte, verabschiedete der Rat die „Warschauer Deklaration", in der er den Mitgliedstaaten riet, den 23. August als Europäischen Gedenktag für die Opfer aller totalitären Regime zu begehen.

Zum Ausdruck kamen die Bemühungen um eine Inklusion der postsozialistischen Perspektive in transnationale Erinnerungsprozesse auch in Form des 2005 ins Leben gerufenen und seit 2008 operierenden „Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität" (ENRS) mit Sitz in Warschau und der zunächst am Institut für die Erforschung totalitärer Regime in Prag angesiedelten „Platform of European Memory and Conscience", einem unmittelbaren Ergebnis der „Entschließung des Europäischen Parlaments zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus" von 2009. Das von den Kulturministerien Deutschlands, Polens, Ungarns und der Slowakei gegründete ENRS ist stark von der wissenschaftlichen Bemühung um Anerkennung unterschiedlicher erinnerungskultureller Perspektiven geprägt. In seinem Mission Statement wirft das Netzwerk folgende Fragen auf: „How can we create new, broader and internally more differentiated narratives? How can we shape the memory of the victims of National Socialism and communism without erasing their differences and without allowing anyone to compete over victim counts or to trivialise the discussion?" (ENRS 2017) Die Plattform hingegen befördert aktiv ein antitotalitäres Narrativ und setzt sich für Lustrationsmaßnahmen in Bezug auf kommunistische Verbrechen ein, agiert also stärker lobbyistisch als der Name Plattform vermuten ließe. 2014 wurde das tschechische Institut für die Erforschung totalitärer Regime aus der Plattform ausgeschlossen und das Sekretariat zog von Prag nach Brüssel um. Als vielsagenden Grund für diesen radikalen Bruch mit dem Institut gab der Leiter der Plattform an, das Institut sei „von kommunistischen Kollaborateuren infiltriert" worden. Die zu dieser Zeit regierende sozialdemokratisch angeführte Regierungskoalition unter Bohuslav Sobotka hatte einen neuen Direktor des Instituts eingesetzt, dessen Kurs sich nicht mit den totalitarismustheoretischen Prämissen der Plattform vertrug.

6 Fazit

Małgorzata Pakier und Joanna Wawrzyniak (2015, S. 1) resümieren bezüglich der Veränderung der europäischen Erinnerungslandschaft: „While previously the East Europeans found it difficult to draw the attention of their Western counterparts with regard to questions of their history and memory, the official commemorations and public controversies of the last few years show that Eastern Europe has become an important trigger for discussions about the content and form of a European narrative." Es kann festgehalten werden, dass es den postsozialistischen Mitgliedstaaten unmittelbar nach dem EU-Beitritt gelungen ist, den Fokus von der „Europäisierung des Holocaust" auf eine „Europäisierung der Erinnerung" zu verschieben. Letztere impliziert aber nicht einfach die Erinnerung an die Verbrechen von Stalinismus und Staatssozialismus als eine weitere unverzichtbare Komponente, sondern betreibt eine Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus als „gleichermaßen" verbrecherisch.

Der 23. August lässt sich dabei als Antithese zum 27. Januar begreifen. Denn während die Europäisierung des Holocaust und das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz als Ausdruck dessen verstanden werden können, was oben als negatives Gedächtnis, als Frage nach der Involvierung der eigenen Gesellschaft in die NS-Verbrechen bezeichnet wurde, befördert der 23. August dieses negative Erinnern Heidemarie Uhl (2009) zufolge nicht: „In der Erinnerungskultur der Post-1989-Gesellschaften ist das ‚eigene Volk' ein unschuldiges Opfer grausamer Unterdrückung von außen, die Involvierung der eigenen Gesellschaft in das kommunistische Herrschaftssystem kann so externalisiert werden", wie auch die NS-Kollaboration, ließe sich hier ergänzen.

Das interessanteste an den genannten transnationalen Erinnerungspraktiken sind die widersprüchlichen nationalen und transnationalen Geschichtsbilder, Tabuisierungen und Schweigestellen. Verschiedene parteiische Vergangenheiten entstehen durch das strategische Gegenhandeln verschiedenster politischer Kräfte und werden, wenn es strategisch nottut, revidiert oder der veränderten Situation angepasst, so Oliver Marchart (2016, S. 54–55): „‚Vergangenheit' ist das – nie einheitliche – Produkt dieses Gegenhandelns. Dabei darf nicht übersehen werden, dass dieses Produkt auch in Schweigen oder Stille bestehen kann. Dies bedeutet nicht unbedingt die Abwesenheit von Erinnerung, nicht einfach das Aussetzen der Konstruktionsleistung. Vielmehr können Leerstellen selbst das Ergebnis einer Konstruktion sein, das dem vorübergehenden Sieg einer bestimmten Konstruktion geschuldet ist, also dem Sieg einer bestimmten Vergangenheitsversion, der es gelungen ist, andere, alternative Versionen an den Rand (in die Stille) zu drängen, zu überschreiben und auszucanceln, sie ‚stillzulegen'. Stille herrscht dort, wo die ‚Stilllegung' des gegnerischen Diskurses gelungen ist." Auf das Vergessen und Stilllegen von Geschichte sollte gerade in Zeiten eines autoritären Backlashs vor allem in Ungarn und Polen ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Literatur

Alexander, Jeffrey C. 2002. The Social Construction of Moral Universals. *European Journal of Social Theory* 5(1): 5–85.

Assmann, Jan. 1991. Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität. In *Kultur und Gedächtnis*, Hrsg. Jan Assmann und Tonio Hölscher, 9–19. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Calligaro, Oriane. 2015. Legitimation through remembrance? The changing regimes of historicity of European integration. *Journal of Contemporary European Studies* 23(3): 330–343.

Diner, Dan. 1988. *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*. Frankfurt a. M.: Fischer.

Diner, Dan. 2007. *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

ENRS. 2017. Goals. http://www.enrs.eu/en/goals. Zugegriffen am 04.05.2017.

Halbwachs, Maurice. 1985. *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Berlin: Suhrkamp.

Judt, Tony. 2006. *Geschichte Europas. Von 1945 bis zur Gegenwart*. München/Wien: Carl Hanser.

Knigge, Volkhard. 2008. Europäische Erinnerungskultur. Identitätspolitik oder kritisch-kommunikative historische Selbstvergewisserung. In *kultur.macht.europa – europa.macht.kultur. Begründungen und Perspektiven europäischer Kulturpolitik*, Hrsg. Kulturpolitische Gesellschaft e. V., 150–161. Bonn: Klartext.

Koselleck, Reinhart. 2002. Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses. In *Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, Hrsg. Volkhard Knigge und Norbert Frei, 21–32. München: C. H. Beck.

Kroh, Jens. 2008. *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*. Frankfurt a. M.: Campus.

Kucia, Marek. 2016. The Europeanization of Holocaust Memory and Eastern Europe. *East European Politics and Societies and Cultures* 30(1): 97–119.

Levy, Daniel, und Natan Sznaider. 2001. *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Levy, Daniel, und Natan Sznaider. 2007. *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Levy, Daniel, Michael Heinlein, und Lars Breuer. 2011. Reflexive Particularism and Cosmopolitanization: the Reconfiguration of the National. *Global Networks* 11(2): 139–159.

Marchart, Oliver. 2016. Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung. In *Gedächtnis im 21. Jahrhundert – Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs*, Hrsg. Ljiljana Radonić und Heidemarie Uhl, 43–77. Bielefeld: transcript.

Olick, Jeffrey K. 2007. *The politics of regret: On collective memory and historical responsibility*. New York: Routledge.

Pakier, Małgorzata, und Joanna Wawrzyniak. 2015. Memory and change in Eastern Europe. How special? In *Memory and change in Europe. Eastern perspectives*, Hrsg. Małgorzata Pakier und Joanna Wawrzyniak, 1–20. New York: Berghahn.

Rousso, Henry. 2004. Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses. *Zeithistorische Forschungen* 1(3): 363–378.

Schmid, Harald. 2008. Europäisierung des Auschwitzgedenkens? Zum Aufstieg des 27. Januar 1945 als „Holocaustgedenktag" in Europa. In *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Hrsg. Jan Eckel und Claudia Moisel, 174–202. Göttingen: Wallstein.

Sierp, Aline. 2017. 1939 versus 1989 – A Missed Opportunity to Create a European Lieu de Mémoire? *East European Politics and Societies and Cultures* 31(3): 439–455.

Sznaider, Natan. 2008. *Gedächtnisraum Europa. Die Visionen des europäischen Kosmopolitismus. Eine jüdische Perspektive*. Bielefeld: transcript.

Troebst, Stefan. 2006. Jalta versus Stalingrad, GULag versus Holocaust. Konfligierende Erinnerungskulturen im größeren Europa. In *„Transformationen" der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989*, Hrsg. Bernd Faulenbach und Franz-Josef Jelich, 23–50. Essen: Klartext.

Uhl, Heidemarie. 2009. Neuer EU-Gedenktag: Verfälschung der Geschichte?, ORF Science. https://sciencev1.orf.at/uhl/156602.html. Zugegriffen am 28.04.2019.

Wolfrum, Edgar. 1999. *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.